

Bürgerschaftssitzung 3. März 2010

Änderung des Schulgesetzes / Primarschulreform

Rede von Michael Neumann

- es gilt das gesprochene Wort -

**Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,**

CDU, GAL und Sozialdemokraten haben heute eine Vereinbarung zur künftigen Hamburger Schulstruktur geschlossen. Wir sind uns einig darüber, dass es sich lohnt, für eine nachhaltige Verbesserung der Qualität der Hamburger Schulen die Debatte über die Schulstruktur zu beenden. Wir garantieren damit einen 10-jährigen **Schulfrieden** hinsichtlich der Schulstruktur.

Frieden kann man unter anderem definieren als einen heilsamen Zustand der Stille oder Ruhe, als die Abwesenheit von Störung oder Beunruhigung.

Dieses Prinzip übertragen auf die Hamburger Schulen heißt: Konzentration auf das Wesentliche: auf die Verbesserung des Unterrichts, die Verbesserung der Lernbedingungen und die Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit.

Gewinner dieses Friedens werden die Hamburger Schülerinnen und Schüler sein. Sie und ihre Eltern bekommen für eine Dekade endlich die Verlässlichkeit, die Berechenbarkeit, die unsere Schulen so dringend brauchen, um Reformen auch wirken zu lassen.

Bereits im Sommer letzten Jahres habe ich den Vorschlag gemacht, nach dem Vorbild des Bremer Schulfriedens einen fraktionsübergreifenden Konsens über die Schulpolitik herzustellen. Sowohl der Erste Bürgermeister als auch die Schulsenatorin sind leider erst nach dem erfolgreichen Volksbegehren auf unser Gesprächsangebot eingegangen. Wäre die schwarz-grüne Koalition früher auf unser Gesprächsangebot eingegangen, wäre der Volksentscheid vielleicht zu vermeiden gewesen, bei dem sich nun Hamburgerinnen und Hamburger in Teilen unversöhnlich gegenüber stehen.

Alle Umfragen zeigen jedoch, wie zerrissen die Hamburger Bevölkerung in der Frage der Schulstruktur ist: 46 Prozent sprechen sich gegen die Einführung der Primarschule aus und

45 Prozent dafür.

Damit ist der Ausgang des Volksentscheids völlig offen. **Aber ich habe die Hoffnung, dass wir mit dem vereinbarten zehnjährigen Frieden zur Schulpolitik sowie mit den durch uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erzielten erheblichen Qualitätsverbesserungen die Hamburgerinnen und Hamburger von der Schulreform überzeugen können.**

Einige unserer Erfolge möchte ich besonders herausstellen:

- Das Elternwahlrecht bleibt bestehen.

Aus meiner Sicht hatte das Volksbegehren einen so großen Erfolg, weil viele Eltern empört darüber waren, dass sie zukünftig keinen Einfluss mehr auf die Entscheidung haben sollten, welche Schulform ihr Kind künftig besuchen darf.

Die Mitwirkung der Eltern bei der schulischen Entwicklung ihres Kindes ist aber eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Akzeptanz und ein großes Vertrauen der Eltern in das schulische System. Die von schwarz-grüne geplante falsche Abschaffung des Elternwahlrechts hat die Zweifel der Hamburgerinnen und Hamburger an der Schulstrukturreform erheblich gestärkt.

Erst durch den wuchtigen Erfolg des Volksentscheids, den selbst der Bürgermeister als Paukenschlag bezeichnet hat, hat die schwarz-grüne Koalition ihren Fehler eingesehen.

Die Abschaffung des Elternwahlrechts ist jetzt vom Tisch und das ist gut so!

Ein großer Erfolg bei den Verhandlungen ist auch die **Abschaffung des Büchergeldes**. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns immer dagegen gewehrt, und sind daher umso glücklicher, dass es nun endlich fällt.

Im Jahr 2005 hatte die absolute Mehrheit der CDU die unentgeltliche Bereitstellung von Schulbüchern abgeschafft.

Mit der Einführung des Büchergelds hat der CDU-Senat einen zentralen Grundwert preisgegeben, der die Hamburger Schulpolitik zuvor über Jahrzehnte geprägt hatte: die Unentgeltlichkeit schulischer Bildung. Damit wurde der Grundsatz aufgegeben, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen und Vermögen ihrer Eltern die gleichen Chancen auf gute schulische Bildung einzuräumen.

Die Erhebung von Gebühren jedweder Art im Bildungsbereich steht dem Ziel sozial verantwortlicher Politik diametral entgegen. Die Abschaffung des Büchergelds ist ein großer sozialdemokratischer Erfolg!

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren,
noch unter der CDU-Schulsenatorin Dinges-Dierig wurde eine Zeit lang die Ansicht vertreten, die Größe der Klasse habe keine Auswirkung auf die Unterrichtsqualität und den

Lernerfolg. Mit dieser Begründung hatte Hamburg die größten Grundschulklassen ganz Deutschlands.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben jetzt eine **deutliche Reduzierung der Klassenfrequenzen** durchgesetzt: Die Klassenobergrenze in den Primarschulen beträgt jetzt 23 Schülerinnen und Schüler, in Schulen mit sozialer Benachteiligung beträgt sie 19.

Was diese Verbesserungen bedeuten, können Ihnen am besten die Schülerinnen und Schüler der heutigen vierten Klassen berichten, die in Klassen mit bis zu 30 Schulkindern sitzen müssen.

Neu an dieser Regelung ist auch der **einklagbare Rechtsanspruch auf die im Gesetz festgelegte Klassengröße**. Die Eltern können für ihre Kinder vor Gericht die Einhaltung der gesetzlich fixierten Obergrenzen einklagen.

Das gab es in Hamburg noch nicht, das gab es auch in Deutschland noch nicht!
Das ist ein bildungspolitischer Riesenschritt nach vorn.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren,

die SPD hat sich mit der Schulreform insbesondere mit der Primarschule schwer getan. Sie war der politische Kompromiss, den beide Koalitionspartner eingehen mussten und wollten. Allerdings wurde diese Rechnung gemacht, ohne den Wirt mit einzubeziehen, in diesem Fall 184.000 Hamburgerinnen und Hamburger.

Auch wir verfolgen das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens. Nur wollten wir auf einem anderen Weg dort ankommen.

Wir wollten die Schule für alle über die Schaffung von Stadtteilschulen für alle in jedem Schulbezirk erreichen, in dem sich Haupt- und Realschulen sowie Gesamtschulen und auf freiwilliger Basis die Gymnasien zusammenschließen.

Unser Weg ist von vielen als kompliziert diffamiert worden. Aber einfache Antworten für schwierige Probleme sind selten zu finden. Das lernt schwarz-grün ja auch gerade. Und deshalb ist Schadenfreude hier völlig unangebracht. Auf beiden Seiten des Parlamentes.

Gegenüber der Primarschule waren wir voller **Skepsis** und **Zweifel**. Zweifeln, die auch berechtigt waren:

Die rund 130 Grundschulen sollen zu 64 Primarschulen zusammengeführt werden. Da stellt sich schon die Frage, wie das funktionieren soll, wenn einige Schulen 3 km oder mehr auseinander liegen.

Wir haben jetzt ausgehandelt, dass in der Regel die Primarschulen mit mehreren **Standorten** vertikal geteilt werden müssen. Das heißt die Klassen bleiben von der ersten bis zur sechsten Klasse an einem Standort. Diese Lösung hat unsere Bedenken in diesem Punkt entschärft.

Auch hatten wir Kritik, was die sogenannte **Fortbildungsinitiative** für Lehrerinnen und Lehrer betraf. Die Einführung einer neuen Lernkultur mit dem Schwerpunkt des individualisierten Unterrichts stellt eine hohe Anforderung an die Lehrkräfte dar. Die Bereitstellung von nur rund einer Million Euro jährlich für die Fortbildung in Sachen Schulreform schien doch etwas dürftig. In unserer Vereinbarung haben wir nun festgeschrieben, dass jede Lehrkraft in den drei Jahren vor dem Start der Klassen 5 der Primarschulen mindestens 20 Stunden Fortbildung absolviert haben muss.

Eine große Sorge bei der Schulreform war für uns Sozialdemokraten die **Entwicklung der Stadtteilschule**. Dadurch, dass es keine Langformen mehr geben soll, dass die Klassen 5 und 6 an die Primarschulen fallen und nicht jede Stadtteilschule eine eigene Oberstufe haben sollte, war die Gefahr groß, dass die Stadtteilschule im Gegensatz zum Gymnasium die weniger attraktive Alternative werden würden.

Das darf jedoch nicht geschehen. **Daher muss es mehr Anstrengungen geben, Stadtteilschulen auch für die so genannten bildungsorientierten Eltern attraktiv zu machen.**

Unser ausgehandeltes Ergebnis, dass jede Stadtteilschule eine eigene Oberstufe führen soll, mindestens aber eine 11. Klasse haben muss, sichert die Konkurrenzfähigkeit sowie der Attraktivität der Stadtteilschule. Die Anziehungskraft der Stadtteilschule muss auf Schüler mit Gymnasialempfehlung ausstrahlen.

Wir haben immer gesagt: Wir erkennen an, dass die Primarschule durch die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens Chancen bietet. Aber ihre Einführung beinhaltet zahlreiche organisatorische und inhaltliche Risiken. **Bisher sind wir nach Abwägung zu dem Ergebnis gelangt, dass die Chancen zu gering und die Risiken zu hoch sind und haben daher die Primarschule abgelehnt.**

Aber mit **Blick auf die Verbesserungen an der ursprünglichen Variante der Schulreform, nachdem selbst Frau Knipper auf dem Landesparteitag der CDU gesagt hat, dass das Beste an der Reform die von der SPD durchgesetzten Punkte sind, stimmen wir heute geschlossen zu.**

Wir werden für die neue Schulstruktur werben, uns mit sachlichen Argumenten an der Debatte beteiligen und versuchen mit Aufklärungsarbeit die Hamburger Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen.

Im negativen Sinne führt Friedfertigkeit zur Friedhöflichkeit, das heißt zur Vermeidung und Verleugnung von Konflikten. - So höflich werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht sein.

Wir werden genau hinsehen, ob, wie und wann die vereinbarten Qualitätskriterien eingehalten werden.

Sollte das nicht der Fall sein, werden wir die Probleme ausmachen, benennen und eine

Korrektur fordern und uns auch, wenn es notwendig ist, streiten. Aber wir werden die Schulstruktur nicht in Frage stellen.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren,
wer jetzt glaubt, dass die Bildungspolitik in Hamburg aufgrund des Schulfriedens langweilig wird oder gar zum Stillstand kommt, hat sich geirrt. Es gibt genügend Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Ich nenne hier nur

den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern

den doppelten Abiturjahrgang

den Ausbau der Ganztagschulen

das Gastschulabkommen mit Schleswig-Holstein

die Hortbetreuung an Primarschulen oder

den Schattenhaushalt beim Schulbau.

Es gibt also auch nach dem heutigen Tag genug Themen in der Schul- und Bildungspolitik, die den Streit der Edlen wert sind.